

Energie und Umwelt - Einige weiterführende Bemerkungen

Horst Hochgreve, geb. 1933 in Hannover, war bis 1968 Buchdrucker, studierte an der Akademie der Arbeit in Frankfurt, von 1969 bis 1970 Assistent an der Akademie der Arbeit, ist seit 1970 wirtschaftspolitischer Referent beim DGB-Landesbezirk Hessen. Er ist Mitglied im hessischen Beirat für Umwelt.

Die Volkswirtschaften der hochentwickelten Industrieländer sind gekennzeichnet durch eine gigantische Ressourcen- und Energieverschwendung mit

gleichzeitig verheerenden Belastungen der Natur. Partielle Korrekturen haben diese Entwicklung und ihr Tempo bisher nicht wesentlich bremsen, geschweige denn umkehren können. Die Besorgnis, daß das gegenwärtige Produktions- und Verbrauchsverhalten sich früher oder später - sei es infolge der Erschöpfung von Ressourcen, sei es infolge des menschlichen Eingriffs in natürliche Kreisläufe - gegen das Industriesystem selbst kehren wird, ist nicht unbegründet. So wird eine grundlegende Trendwende mit dem Ziel, mit den Kräften der Natur schonender umzugehen und mehr Energie einzusparen, gerade dann zum dringlichen Gebot, wenn man zur Industriegesellschaft selbst keine Alternative sieht. Für das Energiesparen als wichtigen Bereich des Umweltschutzes gilt im besonderen, was im DGB-Programm „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“ allgemein ausgeführt wird: „Umweltschutz ist notwendige und unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß auf lange Sicht Wirtschaften überhaupt möglich bleibt.“

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl sind verschiedene Szenarien zum Ausstieg aus der Kernenergie vorgelegt worden. Mit diesem Beitrag soll weder versucht werden, die Szenarien um ein weiteres anzureichern, noch die vorliegenden Szenarien anzugreifen. Der Beitrag soll vielmehr dazu anregen, die notwendigen Umstrukturierungen und Reformen auf dem Energiesektor umfassender zu sehen als dies in den meisten Ausstiegsszenarien geschieht.

Das wesentliche Ziel der Energiepolitik nach 1973 war, „vom Öl“ wegzukommen. Diese Zielsetzung war, wie sich inzwischen herausgestellt hat, zwar richtig, doch nicht umfassend genug. Das Ziel „vom Atom“ wegzukommen, kann ebenfalls nur ein (wichtiges) Ziel unter anderen sein. Die vom Hessischen Minister für Umwelt und Energie zur Begründung seines Kernenergie-Ausstiegskonzepts verbreitete Meinung, es seien genügend Alternativen, und zwar „Sonne, Wind, Wasser, Kohle, Gas und Öl vorhanden“, ist - was die letzten drei angeht - als problematisch anzusehen. Es handelt sich bei allen dreien erstens um endliche Energien, und zweitens ist ihr Einsatz auch bei Nutzung modernster Technik ökologisch nicht völlig unbedenklich.

Es kommt vielmehr darauf an, Energie in jeglicher Form einzusparen und dabei alle Primärenergien und den Energieverbrauch insgesamt, insbesondere auch im Verkehrsbereich, mitzubedenken. Dies ist auch die beste Voraussetzung für eine „Energiepolitik der ruhigen Hand“; wer von der Notwendigkeit „konstanter Daten“ für den Wirtschaftsprozess überzeugt ist, muß sich gegen eine Energiepolitik wenden, die auf Ölpreiskrisen, Waldsterben, Reaktorkatastrophen und möglicherweise in nicht ferner Zeit auf globale Klimaveränderungen jeweils unterschiedlich und hektisch reagiert.

Energie darf nicht billig sein

Es gibt heute wohl niemanden, der nicht wenigstens verbal die Forderung nach energiesparenden Maßnahmen unterstützt. Erstaunlicherweise wird oft gleichzeitig als energiepolitisches Teilziel angegeben, Energie müsse „preiswert“, womöglich sogar „billig“ bereitgestellt werden; auf jeden Fall sei

„Wirtschaftlichkeit“ geboten. Diese Forderung wird nicht etwa nur von Unternehmen und von privaten Haushalten vorgetragen. Deren Pläne sind - im Sinne einzelwirtschaftlicher Rationalität - darauf gerichtet, Energie so preiswert wie möglich zu beziehen. Auch verschiedene politische Kräfte, die sich als Sachwalter gesamtgesellschaftlicher Interessen verstehen oder verstehen sollten, haben „billige Energie“ zum Programm erhoben, verbunden mit dem Argument, die Wirtschaft müsse wettbewerbsfähig bleiben, insbesondere auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

Aus übergeordneter, gesamtgesellschaftlicher Sicht führt jedoch billige Energie dazu, daß der ökonomische Anreiz, mit diesem wertvollen Gut sparsam umzugehen, entfällt. Der Rückgang der Öl- und Gaspreise im Jahre 1986 liefert hierfür Hinweise; er hat andere Bemühungen, zu einer sparsamen und rationellen Energieverwendung zu kommen, durchkreuzt. Aus energie- und umweltpolitischer Sicht wäre daher eine genau gegenläufige Entwicklung erforderlich, und zwar in drastischer Form. Diese herbeizuführen, ist Aufgabe der Tarifgestaltung und der staatlichen Steuer- und Abgabenpolitik. Wenn Energie ein wertvolles Gut ist, dann kann und darf dieses wertvolle Gut nicht gleichzeitig billig sein.

Äußerst zweifelhaft ist außerdem, ob das heutige niedrige Energiepreisniveau die Kosten, insbesondere die Folgekosten der Energienutzung tatsächlich immer enthält. Dies gilt nicht nur für die Folgekosten der Kernenergienutzung, sondern mehr oder weniger für die Folgekosten jeder Energienutzung.

Die Inanspruchnahme von billigem Strom aus nichtentschwefelter Braunkohle beispielsweise bedeutet eine Nutzung von Strom auf Kosten der Natur. Erst bei optimaler Begrenzung des Schadstoffausstoßes durch Investitionen nach dem Stand der Technik kann man - die Zurechnung der Investitionskosten an den Verursacher vorausgesetzt - von einem umweltgerechten Preis sprechen; die Überwälzung an den Verbraucher ist in diesem Fall ein logischer Schritt.

Wie aber steht es mit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit? Ist „wirtschaftliche“ Energieverwendung nicht auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit? In der Tat sind hier die Zusammenhänge kompliziert. Zunächst ist der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ mehrdeutig. Er ist im Sinne von „Rationalität“ verwendbar; güterwirtschaftlich-rationell ist z. B. ein Energiebereitstellungssystem mit einem hohen Nutzungsgrad der eingesetzten Energie. Andererseits kann „Wirtschaftlichkeit“ auch im Sinne von „Rentabilität“ definiert werden; im Mittelpunkt einer dem Rentabilitätsmaßstab folgenden Betrachtung steht ein Preisvergleich unter den Energieträgern. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit im Sinne von Rentabilität kommt es auf das gesamte ökonomische Umfeld an. Dies ist zunächst gegenwartsbezogen; jedoch spielen auch in Zukunft zu erwartende Änderungen sowie die richtige Erfassung von Kosten und Nutzen eine Rolle. Preisänderungen einzelner Energien können in kurzer Zeit dazu führen, daß sich die Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen völlig ändern.

Hierfür gibt es aus den siebziger Jahren in Zusammenhang mit den Ölpreissprüngen Beispiele; diese machen gleichzeitig deutlich, daß das Kriterium „Rentabilität“ politisch beeinflussbar ist.

Politische Gestaltungsaufgabe: Eine rationale Versorgungsstruktur

Güterwirtschaftliche Rationalität - im Sinne eines hohen Nutzungsgrades der eingesetzten Energie - und einzelwirtschaftliche Rentabilität befinden sich bei weitem nicht immer in Übereinstimmung. Dies zeigt sich z. B. darin, daß „die Wirtschaft“ für Kernenergiestrom plädiert, der zweifellos gegenwärtig „billig“ angeboten wird. Vom Standpunkt gesamtgesellschaftlicher Rationalität müßte dagegen aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Ressourcen (hoher Nutzungsgrad), aus Gründen des Umweltschutzes (insbesondere Verringerung der Schadstoffbelastung) sowie des Arbeitsmarktes (insbesondere positive Regionaleffekte) Systemen der Kraft-Wärme-Kopplung der Vorzug gegeben werden.

Politische Gestaltungsaufgabe ist es zunächst, durch eine Vielzahl von Maßnahmen Rationalität und einzelwirtschaftliche Rentabilität miteinander in Einklang zu bringen. Die bisher vorliegenden Erfahrungen beim Vergleich der Wirtschaftlichkeit verschiedener Energiebereitstellungssysteme deuten an, daß Systeme der Kraft-Wärme-Kopplung, kombiniert mit verstärktem Energiesparen, der Kernenergie, aber auch anderen zentralen Systemen überlegen sein werden. Der Vorsprung der Kernenergie ist durch die starke Subventionierung - die Kernenergie wurde bisher mit fast 30 Milliarden DM öffentlich subventioniert - allerdings so groß und das Preisniveau noch dazu monopolistisch verzerrt, daß sich ohne strikte staatliche Datensetzung das Verhältnis nur sehr langsam ändern wird. Die Einführung einer am Wirkungsgrad des jeweiligen Kraftwerks orientierten Abwärmeabgabe, die Systeme der Kraft-Wärme-Kopplung wegen ihres hohen Energienutzungsgrades nicht belastet und Kraftwerke mit einem niedrigen Wirkungsgrad stark belastet, wäre ein geeignetes Mittel, externe Kosten (z. B. Wärmebelastung der Umgebung) dem Verursacher anzulasten. Dadurch würde der Preis des zentral erzeugten Stroms steigen, der Startnachteil dezentraler Systeme würde sich verringern. Zusätzlich müßte das Abgabeaufkommen zweckgebunden für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zur Verfügung gestellt werden. In die gleiche Richtung könnte eine Abgabepflicht für den Betrieb von Freiland-Hochspannungsleitungen (Nutzung und Verunstaltung von Kulturlandschaft durch zentrale Versorgungsunternehmen) wirken.

Umstrukturierung der Produktion

Sparsamkeit im Energieverbrauch setzt - und dies ist eine weitere politische Gestaltungsaufgabe - generell höhere Preise voraus. Dies gilt nicht nur für Strom, sondern auch für direkte Nutzung fossiler Energieträger, z. B. in Einzelfeuerungsanlagen. Auf dem Stromsektor ist zusätzlich eine Tarifgestaltung notwendig, die niedrigen Stromverbrauch belohnt und von hohem Stromverbrauch abschreckt.

Ziel ist es also, erstens die umweltfreundlichste Energieerzeugung- und Verwendung (Kraft-Wärme-Kopplung, verstärktes Energiesparen, regenerative Energien) wirtschaftlich attraktiv zu machen und zweitens gleichzeitig auch über den Preis den Energieverbrauch zu dämpfen. Daß hiermit erhebliche Umstrukturierungen im industriellen Bereich verbunden sind, liegt in der Logik des gewählten und für richtig gehaltenen energiepolitischen Konzepts. Hierauf hat bereits 1980 die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ in der Beschreibung des „dritten Pfades“ hingewiesen: Energieintensive Produktionszweige und energieintensiver Konsum werden belastet. Dies wäre mit weiteren ökologisch positiven Folgewirkungen verbunden. Beispielsweise könnte dies ein wirkungsvoller Beitrag sein, die Produktion der Verpackungsindustrie und damit das Wachstum des Abfallberges zu begrenzen.

Zur arbeitsmarktpolitischen Absicherung der Umstrukturierungen ist es wichtig, daß sich Preisniveau und Preisstruktur nicht abrupt, sondern allmählich, doch zielbewußt und nachhaltig verändern. Das Argument, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie leide darunter, ist wenig überzeugend, denn der Preisschub wird kreative Kräfte, mit Energie sorgsamer umzugehen, wecken; dies wird sich als Startvorteil auf dem Weltmarkt auswirken - abgesehen davon, daß es bei der Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit immer auf einen Gesamtkostenvergleich und nicht auf den Vergleich einzelner Kosten ankommt.

Der Lebensstandard der Bevölkerung wird sich verändern, jedoch insgesamt gesehen nicht sinken. Effektive Nachfrage wird umgeschichtet, aber nicht vernichtet, von anfänglichen Reibungsverlusten einmal abgesehen. Es werden die Voraussetzungen für eine Umorientierung des Konsums geschaffen; die Bürger werden sich bemühen, den drastischen Energiepreiserhöhungen zu entgehen. An die Stelle des energieintensiven, passiven Konsums könnte mehr Kreativität treten, an die Stelle des Kaufs eines Videogerätes der Kauf einer Klarinette.

Energiesparen - auch im Verkehrssektor

Was für den Energiesektor allgemein sowie für den Strom- und Wärmemarkt in Hinblick auf Preise, Verbraucherverhalten und Einsparungen ausgeführt wurde, gilt für den Verkehrsbereich entsprechend. Dieser ist einerseits gekennzeichnet durch übermäßige Nutzung individueller Verkehrsmittel, verbunden mit Umweltschäden und enormer Energieverschwendung - das Institut für Urbanistik hält nach einer Studie 50 Prozent aller Stadtfahrten mit individuellen Verkehrsmitteln für überflüssig - sowie andererseits durch eine Vernachlässigung öffentlicher Verkehrsmittel. Der Individualverkehr wird seit Bestehen der Bundesrepublik vorrangig durch Bereitstellen von Verkehrsfläche und noch dazu - gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr - durch steuerliche Vergünstigungen gefördert. Es ist eine groteske Situation, daß die Mitverursacher der Waldschäden - immerhin gehen vom Autoverkehr

etwa 50 Prozent der Stickoxidemissionen aus - für das Autofahren noch zum Teil steuerlich belohnt werden.

Erforderlich ist die völlige Aufgabe dieser auch heute noch praktizierten Politik. Die in den Verkehrshaushalten vorhandenen Mittel sind so dratisch zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel umzuschichten, daß der Anreiz, diese vorrangig zu benutzen, erheblich steigt. Straßenbauinvestitionen sind auf unabweisbare Projekte (z. B. Unfallschwerpunkte) zu begrenzen. Eine Vielzahl von Maßnahmen (insbesondere Tempolimits, Verkehrsberuhigungen, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, spürbare Erhöhung der Mineralölsteuer, Abschaffung aller den Individualverkehr fördernden steuerlichen Vergünstigungen) muß darauf gerichtet sein, daß der Individualverkehr nicht mehr wächst, sondern gezielt zurückgedrängt wird. Die durch moderne Entgiftungs- und Einspartechnik erreichte Entlastung, bezogen auf das einzelne Automobil, droht sonst durch die Ausweitung des Kfz-Bestandes wieder verlorenzugehen.

Hiergegen wird mit Sicherheit der Einwand vorgetragen werden, dies sei - nicht zuletzt in Anbetracht der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie - ein zu gefährliches Experiment. Doch das gefährlichste Experiment ist sicherlich eine Beibehaltung ständiger Wachstumsraten. Ein Zurückdrängen der Automobilproduktion in ihrer heutigen Form ist - neben umweltgerechter Technik - wahrscheinlich die einzige Gewähr dafür, um auch in fünfzig, hundert und mehr Jahren noch Autos zu produzieren und zu fahren.

Aus der Diskussion über Wachstum und dessen Qualität darf kein Industriezweig, auch nicht die Automobilindustrie, ausgeschlossen werden. „Qualitatives Wachstum“ kann aber nicht bedeuten, ein gegebenes Wachstum, das im privaten Bereich entsteht, unbesehen zu übernehmen und dieses Wachstum lediglich durch etwas „Qualität“ im öffentlichen Sektor zu ergänzen. Qualitatives Wachstum ist nicht denkbar ohne Selektion, und das heißt auch: Zurückdrängen krankhafter Wucherungen. Die Frage: wie sind die Arbeitsplätze zu sichern? ist dann nicht nur eine Frage ständiger Arbeitszeitverkürzungen, sondern auch eine Frage der Produktumstellung. Umstellung auf Friedensproduktion, diese Diskussion hat, bezogen auf die Rüstungsindustrie, eine große Tradition. An sie ist anzuknüpfen. Denn ist nicht ein Auto in seiner heutigen Form ein Panzer im Krieg des Menschen gegen die Natur?

Soziale Bedenken: Gewogen und zu leicht befunden

Gegen den Gedanken, ein sparsameres Verbrauchsverhalten auch über den Preis zu erreichen, niedrigen Energieverbrauch zu „belohnen“ und hohen Energieverbrauch zu „bestrafen“, werden häufig soziale Gesichtspunkte ins Feld geführt. Zum Beispiel belaste - so die Argumentation - ein linearer Stromtarif, der einen Mehrverbrauch stärker belastet als ein Tarif nach dem heutigen Schema von Grund- und Arbeitspreis, kinderreiche Familien zusätzlich und sei daher familienfeindlich.

Soziale Argumente sind immer genau zu prüfen und ernst zu nehmen; bei einer Abwägung aller Gesichtspunkte müssen sie in diesem Fall jedoch erheblich relativiert werden.

Zunächst ist bemerkenswert, daß die „sozialen“ Argumente überwiegend von denjenigen politischen Kräften vorgetragen werden, die sich bisher einem sozialen Familienlastenausgleich und einer sozialen Steuerreform in den Weg gestellt bzw. zaghafte, dahinführende Ansätze zurückgedrängt haben. Beides wären - im Gegensatz zu verbrauchsfördernden Tarifen - geeignete Maßnahmen, um soziale Anliegen durchzusetzen. Diese „sozialpolitische“ Diskussion lenkt auch von dem eigentlichen sozialen Problem, nämlich dem Problem der unbewältigten Arbeitslosigkeit, ab. Wie bereits erwähnt wurde, ist ein konsequenter Umbau des Energieversorgungssystems mit positiven Arbeitsplatzeffekten verbunden, die insgesamt zu mehr Beschäftigung führen als ein Festhalten an alten Strukturen.

Die insgesamt notwendige Verteuerung von Energie und die damit verbundenen Veränderungen von Produktion und Verbrauch werden zweifellos für Teile der Bevölkerung Veränderungen bringen. Ein Benzinpreis von zwei Mark wird manchen zwingen, Autofahrten auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Wer aber von Kindesbeinen an daran gewöhnt ist, jede, auch die kleinste Entfernung, per Automobil zu „bewältigen“, wird einen Fußweg oder das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel als Unbequemlichkeit empfinden. Dies jedoch als unsozial zu bezeichnen, wäre voreilig. Denn viele der heutigen Bequemlichkeiten gehen auf Kosten der Natur; damit werden aber nicht zuletzt unserer Nachwelt zusätzliche Lasten und Risiken aufgebürdet. Mit einem durch Steuern, Abgaben und Auflagen drastisch erhöhtem Strom-, Öl-, Benzin- und Gaspreis wird der Natur lediglich eine „erste Rate“ zurückgezahlt werden. Denn das erhöhte Steuer- und Abgabenaufkommen könnte dann - zweckgebunden - in Umweltinvestitionen fließen oder - besser noch - der höhere Preis hätte eine „abschreckende“ Wirkung. Denn völlig umweltfreundlich ist ein Auto erst dann, wenn es in der Garage bleibt.

Politik ist dann nicht unsozial, wenn sie partielle Belastungen für alle, aber gerecht verteilt, aus dem Motiv der Zukunftsvorsorge heraus bewußt akzeptiert. Politik ist erst recht nicht unsozial, wenn sie gleichzeitig - sozusagen als Kehrseite der Belastung - Entlastungen und neue Wege aufzeigt. Unserer Nachwelt irreparable Schäden und eine völlig zerstörte Umwelt zu hinterlassen und dieser Nachwelt damit auch eigene Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten weitgehend zu nehmen, ist dagegen die unsozialste Politik. Denn wenn die Zeichen nicht trügen, wird eine akute Ökologiekrise mit einem Beschäftigungseinbruch und einer nachfolgenden sozialen Krise verbunden sein, die in ihrem Ausmaß alle bisherigen Erfahrungen in den Schatten stellt.